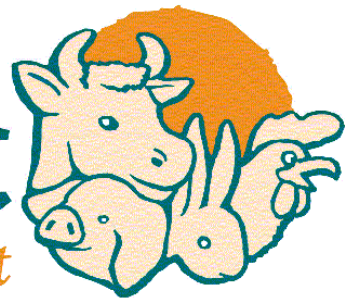


# Animal Spirit

## Zentrum für Tiere in Not



A-3053 Laaben, Am Hendlberg 112  
Spendenkonto: PSK 75.694.953

Tel. (+43) 02774 / 29 330  
Fax: (+43) 02774 / 29 331  
Email: [office@animal-spirit.at](mailto:office@animal-spirit.at)

### EU und Tierschutz:

**Gründe auch aus dieser Warte für das EU-Austritts-Volksbegehren vom 24. 6. – 1. 7. 2015**

*von Tierarzt Dr. Franz-Joseph Plank, Obmann von ANIMAL SPIRIT, Juni 2015*

Bereits **Leo Tolstoi** (1828-1920, russischer Schriftsteller) schrieb: *"Vom Tiermord zum Menschenmord ist nur ein Schritt, und damit auch von der Tierquälerei zur Menschenquälerei."*

### **DAS EU-weite GESCHÄFT MIT DEM FLEISCH**

Als langjähriger Tier- und Umweltschutzaktivist bin ich für den schnellstmöglichen Austritt Österreichs aus der EU, damit wir wieder selbständig vernünftige und für Bevölkerung, Umwelt und Tiere sinnvolle Gesetze – v.a. betreffend Agrarpolitik - machen können (siehe echte direkte Demokratie Schweiz). Denn die EU ist – gemeinsam mit den USA – durch die von ihr massiv geförderte Agrar- und Tierausbeutungsindustrie Hauptverursacher schrecklichen Tierleids, für massiven Einsatz von Pharmazeutika und damit verbundenen Antibiotika-Resistenzen, großflächige Umweltschäden, Seuchen und regelmäßige Fleischskandale – die Fakten rund um die industrielle Massentierhaltung in der EU liegen auf dem Tisch. Aber der Markt boomt, Fleisch ist ein gewinnbringendes Geschäft. Damit das so bleibt, bedient die Werbung unablässig das Klischee einer heilen – schon lange nicht mehr existierenden - Bauernhofromantik. Gleichzeitig werden Unmengen unserer Steuergelder, die wir als "Mitglied" zwangsweise an die EU abliefern müssen, verschwendet. Denn die Fleisch-Produzenten fetten ihre Gewinne mittels großzügiger staatlicher Subventionen auf, Kosten für verursachte Umweltschäden werden allerdings auf die Steuerzahler abgewälzt. Das Wachstumswunder Fleischindustrie ist überhaupt nur möglich, weil Fleisch von der EU-Politik mit Förderungen künstlich verbilligt wird. Statt im Interesse der Allgemeinheit Qualität zu fördern, werden in erster Linie Massenproduktion und somit Billigst-„Lebensmittel“ unterstützt. So flossen allein im Jahr 2013 in der EU 60 Milliarden Euro (!) an Subventionen in die Landwirtschaft bzw. Agrarindustrie, das waren über 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Aberwitzig viel Geld für einen Wirtschaftszweig, der nicht einmal zwei Prozent des europäischen Sozialprodukts erwirtschaftet. Dazu zählten etwa auch milliardenschwere EU-Beihilfen in Form von sogenannten Flächenzahlungen und für die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, sowie Förderungen für den Futtermittelhandel. Die EU fördert Investitionen in noch größere Ställe mit bis zu 50 Prozent, während Bauern mit wenig Vieh leer ausgehen, und immer mehr der sog. "Kleinbauern" endgültig zusperren müssen. Allein 240 Millionen Euro aus EU-Töpfen wandern jährlich direkt in die fleischverarbeitende Industrie. Wir wollen daher wieder eine eigenständige, umwelt- und tierschutzgerechte Agrarpolitik ohne Gentechnik, Massentierhaltung, tagelanger internationaler Tiertransporte und Megatonnen importierter Futtermittel aus Drittweltländern, wo auch kleine und mittlere Betriebe mit Bezug zu ihren Tieren wieder eine Chance zum Überleben haben.

### Brandaktuelles zu EU und Tierschutz:

\* Mai 2015: Die Schweineindustrie ist drauf und dran - und das noch vor Abschluß der **streng geheimen und desaströsen TTIP-Verhandlungen** (siehe weiter unten) - in der ganzen EU die nicht artgerechten **Vollspaltenböden bei Schweinen** durchzusetzen! Derzeit wird in der EU ein Dokument verhandelt, das die "besten verfügbaren Techniken" für die intensive Schweineindustrie

definieren soll. Darin werden Vollspaltenböden für Schweine als "beste verfügbare Technik" bezeichnet, obwohl es - bekannt durch Hunderte Verhaltensstudien - das denkbar schlechteste System für die Tiere ist. Die Schweine-Industrie ist im Begriff, Erfolg zu haben und im Einklang mit diesem Dokument die Vollspaltenböden durchzusetzen. Schweine sind neugierige und intelligente Tiere, die ihre Rüssel zum Erforschen und Wühlen verwenden. Diese Entscheidung würde dazu führen, daß Europas Schweine in einer komplett reizarmen Umgebung leben müssen, ohne auch nur einer einzigen Möglichkeit, sich die Zeit zu vertreiben.

Das Argument, Vollspaltenböden machten es einfacher, die Bereiche von Schweinemist sauber zu halten, ist ein schwaches: Schweinemist ist für das Wasser zehnmals umweltbelastender als menschliche Fäkalien und war z.B. die Hauptursache für die ökologische Katastrophe in der Bretagne, Frankreich, wo riesige Algenblüten das Meer entlang der Küste heimgesucht haben. In Holland, Dänemark, Finnland, Schweden und der Schweiz sind Vollspaltenböden bereits verboten bzw. werden abgeschafft. Eben weil dieses System in Wirklichkeit keinerlei Nutzen für die Umwelt hat und für das Wohlergehen der Schweine die denkbar schlimmste verfügbare Technik ist. Es ist nicht zu akzeptieren, daß die EU-Behörden bereit sind, Tierschutzgesetze und die Umwelt zu opfern für ein Produktionssystem, von dem nur die ausbeuterische Schweinehaltungsindustrie profitieren würde.

**21.5.15: Die EU-Kommission plant, das Tierschutzreferat innerhalb der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit aufzulösen.** Bisher existiert in der Abteilung für Veterinärwesen ein eigenständiges Referat, das dem Tierwohl verpflichtet ist. Ohne diese Eigenständigkeit wird es aber schwierig, Fragen des Tierschutzes auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen. Ohne ein starkes Tierschutzreferat können diese Ziele nicht mehr angemessen verfolgt werden, argumentieren gleich zwei Minister deutscher Bundesländer. Man sei aber bei den Tierschutz-Bemühungen auf eine starke, fachkompetente und eigenständige Einheit auf Kommissionsebene angewiesen.

#### **23.5.15: Iowa ruft den Notstand aus - USA keulen 40 Millionen Hühner**

Im Staat mit der schlimmsten Geflügel-Massentierhaltung, die „dank“ TTIP demnächst auch „grenzenlos“ in die EU exportiert werden dürfte, sind mittlerweile 15 US-Staaten von der Geflügelpest betroffen, zig Millionen Hühner und anderes Geflügel haben sich dort mit einem aggressiven Vogelgrippe-Virus infiziert – eindeutige Folgen der Massierung von Millionen Tieren auf engstem Raum, Überzüchtung, Streß, Langstreckentransporten und Hygienemängeln. Allein in Iowa werden 25 Millionen Tiere gekeult. Zur Eindämmung der hochansteckenden Krankheit wurden dort fast 40 Millionen Hühner und anderes Geflügel gekeult. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums aus dieser Woche sind mehr als 39 Millionen Vögel von dem aggressiven Erreger H5N2 betroffen. Alleine im US-Staat Iowa, dem größten Eierproduzenten des Landes, wurden 25 Millionen Tiere gekeult, die meisten von ihnen Legehennen.

#### **Einige weitere Beispiele EU-bedingter Tier-Tötungen bzw. Tierquälereien:**

\* **Mega-Schlachthöfe mit EU-Steuergeldern:** 430.000 Hühner werden täglich (wöchentlich 2,5 Mio. und jährlich 135 Mio.!) im niedersächsischen Wietze geschlachtet! Europas größter Schlachthof für Geflügel wurde mit 6,5 Millionen Euro aus Steuergeldern subventioniert! Das ist nur ein weiteres Beispiel für die Art von subventionierter Agrarindustrie und Massen-Tötungsmaschinerie, die nicht nur menschen- und tierverachtend ist, sondern faire, ökologische und regionale Lebensmittelerzeugung systematisch zerstört! (Quelle: <http://greenfairplanet.net>). [Zum Vergleich: in den USA schlachtet der größte Geflügel-Verarbeiter "Tyson Foods" PRO WOCHE 40 Mio. Hühner!]

\* Nov. 2013: **EU schützt Fleisch-Mafia statt Konsumenten:** Entgegen der vollmundigen Versprechen nach dem Pferdefleischskandal vom Februar 2013 spricht sich die EU-Kommission in einem Bericht GEGEN eine verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Fleisch aus. Damit stellte sich die EU klar auf die Seite der Fleisch-Mafia, anstatt die Konsumenten zu schützen!

**\* Juli 2013: Hunderte EU-Steuermillionen für ausländische Massentierhaltungen:** Zwischen 2002 und 2011 hat die "Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" (EBRD) Kredite in Höhe von 218 Millionen € für Betriebe **außerhalb der EU** vergeben. Ausgerechnet in den Aufbau von Betrieben zur Nutztierhaltung, die aufgrund ihrer Tierhaltung in der EU längst verboten wären. Deutschland etwa unterstützte sogar den Export von Käfigen zur Haltung von Legehennen! Zwischen den Anforderungen, die man an die Tierhaltung in der EU stellt, und denen an Länder außerhalb der EU gibt es in der Europäischen Union scheinbar große Unterschiede. Öffentliche Kredite in Millionenhöhe flossen in den vergangenen Jahren in Länder, deren Standards nicht den EU-Richtlinien entsprechen. Gelder, die größtenteils aus EU-Ländern kamen, so eine Studie der NGO „Human Society International“. Investiert wurden diese Kredite der EBRD in Projekte außerhalb der EU, die auf intensive Tierhaltung setzen und deren Strategien in der EU längst verboten sind. 63 Prozent des Kapitalanteils der EBRD stammen von EU-Ländern.

**\* EU-Abkommen macht Import von Käfigeiern aus der Ukraine möglich!** Die klassische Käfighaltung von Hühnern gehört mittlerweile in weiten Teilen der EU der Vergangenheit an. Billige Eier von Hühnern, die auf engstem Raum gehalten werden, will auch keiner mehr - doch es gibt sie weiterhin bei uns. Denn seit Februar 2015 läßt ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine den Import von Käfigeiern in die EU wieder zu! Während hierzulande die Produktion von Käfigeiern endlich abgeschafft wurde, kommen nun diese Eier wieder aus der Ukraine auf die heimischen Märkte (in verarbeiteten Produkten) und setzen hier die Preise weiter unter Druck. Zudem profitieren von dem Freihandelsabkommen auch jene großen Käfighaltungsanlagen, deren Aufbau auch durch Exportkreditgarantien der deutschen Bundesregierung ermöglicht und sogar subventioniert wird (s.o.). Deutsche Unternehmen exportieren mit Unterstützung Deutschlands Tierqualeinrichtungen in die Ukraine und dieselbe Regierung erklärt dann lapidar, daß sie den Verkauf der damit erzeugten Eier in Deutschland nicht verhindern kann. Hintergrund ist die Vergabe sogenannter „Hermes-Bürgschaften“ für den Bau der Legehennenfabriken in der Ukraine. Mit diesen Exportkreditgarantien unterstützt die deutsche Regierung den Bau zweier Anlagen mit Platz für 167.000 und 214.000 Hühner, ohne daß die Mindeststandards der EU an die Käfighaltung eingehalten werden mußten. Diese verarbeiteten Eier sind zudem nicht kennzeichnungspflichtig! Heimische Freilandbauern haben die letzten Jahre viel in eine artgerechte Haltungsform mit täglichem Auslauf, genügend Platz für Ruhezeiten und die Eiablage sowie reichlich Gelegenheit zum Scharren investiert. Dieser Konsumenten-Betrug wird durch das in der EU geltende „Herkunftslandprinzip“ ermöglicht, welches hiermit sogar per Sonder-Abkommen auf ein Nicht-EU-Land ausgeweitet wurde.

**\* Derzeitiges Massaker an Rumäniens Streunerhunden:** Jede/r EU-Steuerzahler/in finanziert den Mord an bis zu 2,5 Mio. unschuldigen Hunden in Rumänien mit. Am 25.09.2013 hat das rumänische Verfassungsgericht ein „Euthanasiegesetz“ bestätigt und damit den kaltblütigen Mord an bis zu 2,5 Mio. Straßenhunden in Rumänien beschlossen. Somit hat es entschieden, daß dieses Gesetz der Massentötungen verfassungskonform ist! Hunde werden nach wie vor zu Tausenden getötet, obwohl das Apellationsgericht Rumäniens, das Curtii Apell, im Juni 2014 die Tötung von Straßen-Hunden für rechtswidrig erklärt hat! Das Kollegium der Tierärzte hat zudem in das Gesetz die Vorgabe eingebracht, daß die Tötung nicht mehr allein durch die in der EU akzeptierte Einschläferung (Vollnarkose und danach Todesspritze) durchgeführt wird, sondern sich den Richtlinien der rumänischen Tierärztekammer zu folgen hat. Das bedeutet: Die Hunde dürfen mit CO<sub>2</sub>, Kaliumchlorid, Stickstoff, „Frostschutzmittel“, Stromschlägen oder Bolzenschüssen „euthanasiert“ werden, das sind alles grausame – aber kostengünstigere - Tötungsmethoden, die dem Begriff der Euthanasie klar zuwiderlaufen!

Hintergrund des Massenmordes an Hunden ist ein höchst kriminelles und lukratives Geschäft mit dem Mord an Straßenhunden, mit dem „dog hunter“, Kommunen und Bürgermeister in Rumänien Millionen Euros machen. Bis zu € 250 pro Hund sollen von Kommunen an sog. „Tierheime“ (in Wahrheit staatliche Tötungsstationen) für Einfangen und Unterbringung gezahlt werden. Auf der

anderen Seite erhalten genau diese Kommunen hohe EU-Subventionen, die mit unseren Steuergeldern finanziert werden. Und mit den dann freien Mitteln werden die Hundemorde finanziert. Man sucht per Ausschreibung das günstigste „Tierheim“, wo die Tiere nach Ankunft oft gleich ermordet werden oder verhungern. Im Zeitraum zwischen 2004-2009 wurden unfabbare 10 Mio. Straßenhunde in Rumänien getötet! Dutzende Tierschutz-Organisationen aus ganz Europa haben versucht, bei der EU in dieser Sache etwas zu erreichen. So sollte z.B. im Frühjahr 2014 ein "EU-Stray-Dog-Pilot-Projekt" für Rumänien in Brüssel vorgestellt werden. Nach Monaten des Hinhaltens wurde die Präsentation nach der Europawahl ohne Begründung aus Brüssel einfach gekippt. Dies neben millionenfachen Protesten und Petitionen aus ganz Europa an die EU-Kommission (auch vonseiten ANIMAL SPIRITS), an das EU-Parlament, an Parlamentspräsident Martin Schulz sowie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die einfach ignoriert werden!

**\* Straßenhunde und Katzen sollten EU-weit – ähnlich Wildtieren - für „vogelfrei“ erklärt werden:** Das Gesetz war seit 2007 in der Vorbereitung und sollte noch 2015 eingeführt werden. Das wäre das Ende einer moralisch-ethischen EU (so es eine solche jemals gegeben haben sollte...), mit großen Folgen für den Tierschutz in allen EU-Ländern gewesen. Eine Petition dagegen wurde am 21. Dezember 2014 gestartet und an den Petitions-Ausschuß des EU-Parlaments eingereicht: „Bisher hat die Kommission einen wesentlichen Unterschied zwischen Wildtieren und Haustieren gemacht. Leider würde sich dies nun mit der Einführung des neuen "EU Animal Health Law" („EU-Tiergesundheitsgesetz“) ändern. Streunertiere wie Hunde und Katzen sollten demnach als "wilde Tiere" betrachtet werden, was sie nicht nur de facto (siehe Rumänien oben) sondern auch de jure völlig vogelfrei und schutzlos zurückgelassen hätte. Dank des Drucks Hunderttausender Tierschützer wurde dieses EU-Vorhaben aber nun doch in letzter Minute (Juni 2015) zurückgezogen!

**\* Stierkämpfe:** Dieses letzte europäische Relikt barbarischer Tierquälerei und Folter aus Gründen der „Tradition“ ist in Spanien noch besonders stark verwurzelt (tlw. auch noch in Portugal und Frankreich)! Bis zu 40.000 Stiere werden allein dort jährlich zur Volksbelustigung dahingemetzelt. Nachdem diese Barbarei 2012 in Katalonien verboten wurde, geriet Rest-Spanien „in Panik“ und hat den Antrag gestellt, es als „Kulturgut“ schützen zu lassen und diesen blutigen „Sport“ sogar zum Kulturerbe erklären zu lassen! Der Name „Kampf“ ist jedoch gänzlich irreführend, denn die Verlierer sind stets die Tiere, die in der Arena regelrecht hingerichtet werden. Anfang November 2013 war es dann tatsächlich soweit: Das spanische Parlament hat die blutigen Stierkämpfe zu einem „immateriellen Kulturgut“ erklärt! 600.000 Unterschriften der Befürworter hatten die Abgeordneten in Madrid gezwungen, sich mit dem Thema zu befassen. Es ist beschämend, daß im Jahr 2013 mitten in EU-Europa Tiere unter dem Deckmantel der Tradition legal zu Tode gequält werden dürfen. Stierkampf ist aber keineswegs Kulturerbe, sondern staatlich und EU-subsidierte öffentliche Folter! Trotz der derzeitigen größten sozialen und wirtschaftlichen Krise seit dem 2. Weltkrieg in Spanien subventioniert dieses Land die Arenen, die Stierkampfschulen, die Zucht, die Organisation und Durchführung der Kämpfe, Gratiskarten für Politiker und „Promis“, Werbung in den Massenmedien, etc. – mit Geld der Steuerzahler und letztlich aller EU-Bürger und unfreiwillig auch der Österreicher! Gleichzeitig werden die Mittel der Sozialleistungen, Gesundheit, Bildung und Umwelt laufend gekürzt. Das alte römische Prinzip „Brot und Spiele“, um das unkritische Wahl-Volk bei Laune zu halten...

**\* TTIP, CETA und TiSA:** Die dzt. hinter verschlossenen Türen streng geheim verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der USA, Kanada und der EU würden weiterer Tierquälerei Tür und Tor öffnen. Noch mehr Freihandel würde Tiere noch rechtloser machen und noch längeren Transporten aussetzen, was auch umweltpolitisch - in Zeiten des Klimawandels – ein nicht hinnehmbarer Wahnsinn wäre. Zudem würden die in der EU ohnehin nicht allzu strengen Tierschutz-Standards – v.a. in der „Nutztier“-Haltung – weiter reduziert und auf „amerikanische Verhältnisse“ herabgesenkt werden. Außerdem würden uns dann chemische Zusätze und Verfahren in der Lebensmittelproduktion – u.a. die hierzulande in der

Landwirtschaft noch verbotene Gentechnik – „beglücken“, ohne Chance dagegen zu klagen! Die Agro-Industrie, noch extremere Massentierhaltungen und Tierfabriken wären die „Gewinner“ und das Bauernsterben würde noch mehr verstärkt. Falls TTIP nicht noch verhindert wird, würde mindestens ein weiteres Drittel der Arbeitsplätze in der seit dem EU-Anschluß 1995 schon stark unter Druck stehenden österr. Landwirtschaft verloren gehen (seit dem EU-Anschluß Österreichs 1995 ist bereits ein Drittel der Landwirte - mehr als 72.000 – „wegrationalisiert“ worden!). So würden z.B. US-Legehennen-„Betriebe“ von 1 Mio. Hennen und mehr unseren Markt mit Billigsteiern aus Monster-Tierfabriken fluten, gegen die unsere vergleichsweise noch tierfreundlich produzierenden Klein- und Mittelbetriebe keine Chance hätten. Hormone und Antibiotika sind in Amerika bereits erlaubt, um eine noch höhere Milchproduktion oder noch schnelleres Wachstum bei den ohnehin schon extrem ausgebeuteten „Nutztieren“ zu erzwingen. Die Lobbys der Fleisch-Industrie wollen das „dank“ TTIP & CETA auch für den EU-Markt erreichen. Ähnliches gilt für Klonfleisch: Dieses ist in den USA schon jetzt ohne Kennzeichnung in den Regalen, die EU-Kommission möchte dasselbe zumindest für die Nachkommen von Klontieren erreichen!

Ein im Jänner 2015 bekannt gewordenes internes Papier der EU-Kommission zu TTIP bestätigt, daß die USA zukünftig ein Mitspracherecht bei europäischen Gesetzesvorhaben erhalten sollen! Ziel des Vorschlags ist eine Art "Frühwarnsystem" für neue Gesetze, die den Handel zwischen den beiden Wirtschaftsräumen behindern könnten. Die sogenannte „regulatorische Kooperation“ würde die Hürden für neue Gesetze zum Schutz von Umwelt, Tierschutz und Gesundheit erhöhen. In Europa stünden dann zum Beispiel geplante Verbote für hormonell wirksame Chemikalien oder eben die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus Genfütterung auf dem Spiel.

Außerdem könnte das ebenfalls geheim verhandelte **Dienstleistungs-Abkommen TiSA** die Privatisierung unserer Wasserversorgung und unseres Gesundheitssystems vorantreiben sowie die Weitergabe europäischer Bankdaten an die USA und undemokratische Schiedsgerichte ermöglichen - Großkonzerne wie Nestlé oder Monsanto (s.u.) hätten somit noch leichteren Zugriff! Diese Abkommen greifen in die Handlungsspielräume unserer demokratisch gewählten Parlamente ein und gefährden jeden weiteren Fortschritt beim Umwelt-, Tier- und Konsumentenschutz.

\* **TTIP und Monsanto: „Monster Monsanto greift nach der Macht“:** Das bevorstehende transatlantische Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) würde noch weitere Hintertüren öffnen. Heute sind 90% der angebauten gentechnisch veränderten Organismen, u.a. Soja, Raps, Mais und Baumwolle, Patente des US-Multis Monsanto! Genverändertes Mais- und Sojafutter führen aber bei Rindern zu schweren Verdauungsstörungen oder Fortpflanzungsproblemen. Gengefütterte Ratten wiesen 3x so hohe Todesrate wie normal gefütterte, 80% von ihnen entwickelten Krebstumore. „Diese explosive Studie wurde von der EFSA (Europ. Behörde für Lebensmittel-„Sicherheit“) bewußt unterdrückt“, so der Monsanto-Kritiker William Engdahl. „Wie sich herausstellte, unterhielten die meisten Wissenschaftler des EFSA-Gremiums Verbindungen zu Monsanto. Der Konzern versucht auf diesem Weg der Korruption, sich den Weg freizumachen...“. Da die EFSA Gen-Soja für unbedenklich hält, kann das Monsanto-Soja „Intacta“ somit in Lebensmitteln und Futtermitteln in die EU eingeführt werden. Die Prüfrichtlinien sind mehr als fragwürdig, jedoch wenn GVO-Sorten in der EU zugelassen sind, gibt es als EU-Mitglied keine rechtliche Möglichkeit, ein nationales Importverbot zu verhängen! Dies wäre nur außerhalb der EU möglich!

\* **Monsantos Pflanzengift Glyphosat ist krebserregend** - davor warnten im April 2015 sogar führende Wissenschaftler. Die Regulierungsbehörden der EU versuchen nun, auf diesen Befund zu reagieren, doch Monsanto setzt sich mit aller Kraft dafür ein, daß der Bericht widerrufen wird!

\* **Aufhebung der Milchquote seit 1.4.2015: Existenzbedrohende Auswirkungen für Österreichs kleinere Milchbetriebe!** Die Milchindustrie will Milch als billigen Rohstoff für maximalen Profit – auf Kosten von Klein- und Mittelbetrieben, Umwelt- und natürlich Tier-

schutz. In Österreich sollte Milch dort produziert werden, wo es auch sinnvoll ist - in Bergregionen oder auf Dauergrasland in Grünlandregionen, aber keinesfalls in Betonhallen in Hafennähe mit importiertem Sojafutter aus Lateinamerika und den USA. Das Aus für die Milchquote seit 1. April bringt jedoch einen weiteren Turbo für die industrielle, tierquälerische und umweltschädigende Milcherzeugung in der EU. Anstatt in Europa stabile regionale Märkte mit qualitativ hochwertigen Produkten zu entwickeln und die Produktion am europäischen Verbrauch zu orientieren, wird – wieder einmal – lediglich an der überholten Exportorientierung und Marktliberalisierung festgehalten. Dabei sind die großen Nachteile der Export-Ausrichtung offensichtlich: Weder der russische noch der chinesische Markt sind als Handelsplatz sicher, wie die aktuelle Lage zeigt („Wirtschaftskrieg“ = Sanktionen gegen Rußland, an dem sich das „immerwährend neutrale“ Österreich mehr als willfährig beteiligt). Anstatt eine Strategie in Richtung Bio zu betreiben, liefert Landwirtschaftsminister Rupprechter – wohl wieder auf Befehl von „Brüssel“ - die heimischen Milchbetriebe einem ruinösen Wettbewerb mit Großkonzernen, z.B. in Norddeutschland oder Holland, aus. Die Intensivierung und extreme Rationalisierung der Produktion geht wie immer auf Kosten der Schwächsten - der Tiere und ihrer Gesundheit, der kleinen und mittleren Landwirte, der Biodiversität, des Klimas und letztlich der Produktqualität.

Im Mai 2015 sprach sich die EU-Kommission dann – wie fast zu erwarten war – auch noch gegen eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Milch aus, statt dessen solle man es bei „freiwilligen Herkunftsangaben“ belassen... („Blick ins Land“, 21.5.2015).

**\* EU-Kommission will „Säurebad“ für Geflügelfleisch durchsetzen** (Global 2000): Der Weg zum TTIP-Chlorhuhn ist nicht mehr weit: Am 10. März 15 hat die EU-Kommission ein Stakeholder-Treffen zum Thema "antibakterielle Behandlung von Geflügelfleisch" einberufen. Zweck: Die Behandlung von Geflügelfleisch mit Peroxy-Essigsäure soll auch in der EU zugelassen werden. Im Lichte der Debatte um das "Chlorhuhn", das mit dem Handelsabkommen TTIP im Raum steht, ist das ein weiterer Schritt, den Forderungen der Agrarindustrie entgegen zu kommen. Bisher scheiterte die Zulassung von Peroxy-Essigsäure noch an den EU-Mitgliedsstaaten. 2013 wurde auf Druck der US-Rinder-Industrie jedoch die Behandlung von Rindfleisch mit Milchsäure zugelassen. Die USA hatten damals die EU auf Basis der WTO-Verträge geklagt. Das Argument: Die EU stelle durch ihr Importverbot für behandeltes Rindfleisch unnötige Handelsbarrieren auf. Trotz der Beteuerungen der EU-Kommission, mit TTIP werde es kein Absenken der Lebensmittel- und Landwirtschaftsstandards geben, versuchen sie jetzt schon, genau das durchzusetzen. Die Desinfektion von Fleisch mit verschiedenen Säure-Bädern verschleiert nur die schlechte landwirtschaftliche Praxis, die hinter der Produktion von Billigfleisch steht. Mit der Zulassung von Peroxy-Essigsäure für die Geflügelbehandlung kommt sie den Forderungen der US-Geflügelindustrie nach und zeigt einmal mehr vorausseilenden Gehorsam im Lichte von TTIP. Die US-Geflügelindustrie forderte von Beginn der TTIP-Verhandlungen ein, daß die EU ihre Importverbote für mit solchen Chemikalien behandeltes Fleisch aufheben soll. Grund für die Behandlung mit Chlor, Peroxy-Essigsäure oder Milchsäure ist die Desinfektion des Fleisches. Bakterien sollen damit "abgewaschen" werden. Durch diese Art der Behandlung kann die Zahl der resistenten Keime steigen, die Behandlung wird also unwirksam. Zusätzlich verschleiert man dadurch nur, daß in der Massenproduktion von Fleisch an sich schon resistente Keime entstehen. Gerade in der intensiven Fleischproduktion werden große Mengen an Antibiotika eingesetzt, weil die Tiere durch die schlechten Haltungsbedingungen leichter krank werden. In den USA sind Antibiotika zudem als Masthelfer zugelassen. Durch den hohen Einsatz von Antibiotika werden die Bakterien resistent. Sie werden auch auf Menschen übertragen und können so schwere Krankheiten verursachen.

Billiges Massenfleisch wird mit TTIP auf den EU-Markt drängen und der Druck, solche Behandlungsmethoden auch hierzulande zuzulassen, wird steigen. Die kleinen Produzenten werden einmal mehr unter die Räder kommen.

## Einige weitere Beispiele der katastrophalen Folgen der „Warenfreiheit“ und des Gleichmachungs-/Rationalisierungswahns der EU für Umwelt und Tiere:

- **Größtes Thema - Tiertransporte:** Die Milliardensubventionen, welche die unnötigen, qualvollen Tiertransporte quer durch Europa bis nach Afrika erst ermöglichen (nach der Abschaffung der Subventionen für „Schlachttiere“ werden nun kurzerhand viele Tiere als „Zucht-tiere“ deklariert). Selbst mehr als 1,1 Mio. Unterschriften (die sog. „8 hours-Kampagne“) im Juni 2012 ließen die EU-Kommission kalt: diese war zwar im EU-Parlament erfolgreich, aber der 2012 wegen Korruption zurückgetretene Kommissar John Dalli hielt sein vor laufenden Kameras abgegebenes Versprechen, die Tiertransport-Richtlinie entsprechend zu ändern, in keinsten Weis ein, und auch der neue Kommissar, der Litauer Vytenis Andriukaitis, denkt nicht daran, es umzusetzen und Tiertransporte generell auf 8 Stunden zu begrenzen.
- Im März 2015 deckte CIWF (Compassion in World Farming, GB) auf: „Wir stießen bei Re-cherchen auf den Handel mit Rindern, welche lebend von der EU in den kriegsgebeutelten Gazastreifen transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden! Wir konnten Tiere rück-verfolgen, die tausende Meilen an Land und auf See von Rumänien und Ungarn via Israel zu den Schlachthäusern in Gaza gekarrt worden waren, in denen es keinerlei Möglichkeit gibt, die Tiere ohne immenses Leiden zu schlachten. Laut EU-Angaben sieht es so aus, als würde dieser Handel gar nicht existieren, weil kein Land (offiziell) über Lebendtierexporte in den Gazastreifen oder die besetzten Gebiete berichtet. Doch laut dem Zahlenmaterial, welches wir von den israelischen Behörden bekommen haben, wurden allein in den ersten 10 Monaten des Jahres 2014 – also auch während des jüngsten Ausbruchs des Gazakrieges - 27.000 (!) europäische Nutztiere in die besetzten Gebiete geschafft. Das alles ist eigentlich gar kein Geheimnis, wel-ches irgend jemand zu verbergen versucht. Wenn die Tiere einmal lebend die EU- Außengrenzen überschritten haben, kann ihnen alles widerfahren - keine Regierung weiß wirk-lich, wohin sie transportiert, wie sie behandelt und wie sie geschlachtet werden: haben sie erst einmal die EU verlassen, wollen die Regierungen nichts mehr mit ihnen zu tun haben...“
- **Ungebremster Transit:** Während vor dem EU-Beitritt der Transit von Klauentieren auf Österreichs Straßen (Seuchengefahr) generell verboten war und die Grenzen durchgehend mit Grenztierärzten versehen waren, rollen seit dem 1.1.1995 sämtliche internationalen Lebend-tiertransporter ungehindert und meist unkontrolliert durch unser Land. Folgen u.a.: die rasante Ausbreitung der Seuchen MKS, aber auch von Schweinepest und Vogelgrippe.
- Die Aufhebung des **LKW-Transitvertrages** durch die EU -> 2 Millionen Schwerlastler rollen jährlich alleine über den Brennerpaß!
- Das seinerzeit vorbildliche **österr. Tiertransportgesetz-Straße** (Schlachttiere nur bis zum nächstgelegenen geeigneten inländischen Schlachtbetrieb) wurde bereits im Mai 1999 per EUGH-Entscheid de facto aufgehoben: unser gutes Tiertransport-Gesetz widersprach dem obersten EU-Prinzip des freien „Waren“-Verkehrs und wurde vom – v.a. der Wirtschaft und der Profitmaximierung verpflichteten - EUGH „overruled“.
- Die Folgen: **Ungehinderte Tiertransporte quer durch Europa**, von Ungarn nach Spanien, von Polen oder Weißrußland nach Süditalien oder sogar von Estland nach Österreich. Auch **Importe von lebenden Schlachttieren** (v.a. Schweine aus Holland, Belgien, Deutschland), um dann als „österreichisches Qualitätsfleisch“ in unseren Supermarktregalen zu landen, wenn die „Wertschöpfung“ (gemeint ist Schlachtung und Zerlegung) nur zu mehr als 50% in Öster-reich erfolgt ist. Vor dem EU-Beitritt wurden praktisch keine lebenden Schweine importiert, jetzt sind es rund 700.000/Jahr!
- **Die Aufhebung der Bestandsobergrenzen für Massentierhaltungen** in Österreich gleichzei-tig mit dem EU-Beitritt (1.1.1995).
- Millionen-Förderungen für neue **Monster-Tierfabriken** in Österreich und anderen EU-Ländern durch unsere Steuergelder, die wir als Nettozahler zwangsfinanzieren müssen.



- **Fallen von Umwelt- und Tierschutzstandards:** Unsere Gesetzgebung wird bereits zu ca. 80% von Brüssel diktiert, sodaß wir zusehen müssen, wie sinnvolle Gesetze wie z.B. das **UVP-Gesetz** (2000) so verwässert werden, daß jetzt neue Massentierhaltungsbetriebe noch wesentlich leichter ohne UVP und ohne Anrainer/Bürgerinitiativen-Beteiligung durchgehen.
- **Thema Schächten:** Weil der Schutz der Religion, nicht aber der Schutz der Tiere vor Qualzufügungen in der Verfassung festgeschrieben ist, haben die EU und die meisten europäischen Länder das Schächten aus "religiösen Gründen" - teilweise unter bestimmten Auflagen - wieder erlaubt. Anstatt alle empfindungsfähigen Lebewesen vor archaischen religiösen Geboten oder Bräuchen zu schützen, wurden die Schlachtverordnungen den Ansichten religiöser Fundamentalisten angepaßt. Obwohl dadurch das ethische Empfinden und Mitgefühl des Großteils der Bevölkerung mißachtet wird, wurde in den meisten EU-Staaten dennoch das langsame zu Tode-Quälen durch diese Sondergesetzgebung gestattet. Ausnahmen sind lediglich Schweden und Dänemark sowie die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Norwegen und Island. Noch dazu hat in Österreich der ehemalige „Tierschutz“-Minister Stöger die – vom EU-Parlament geforderte - EU-weite Kennzeichnungspflicht für Schächtfleisch abgelehnt!
- **Thema Schlachthöfe:** Die EU lehnt auch die von Zigtausenden Tierschützern geforderte verpflichtende Videoüberwachung in den Schlachthäusern der Mitgliedsländer ab; dies obwohl beweiskräftig immer wieder dokumentiert wurde und wird, daß Millionen von Schlachttieren halb- oder gar nicht betäubt bei vollem Bewußtsein aufgeschlitzt und/oder lebendig abgebrüht einen unbeschreiblich grausamen Tod sterben.
- **Verdoppeltes „Bauernsterben“:** „Dank“ der Auflagen der WTO und deren aggressiven Weltmarktorientierung ist auch in der EU bzw. in Österreich keinerlei wirksamer Außenschutz mehr möglich. Es zählt nur immer größere Produktionssteigerung und Profitmaximierung. Die Folge ist ein weiterer massiver Verlust von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen und noch mehr Konzentrierung der Tierbestände. So hat sich das tägliche Bauernsterben seit dem EU-Anschluß Österreichs in etwa verdoppelt, täglich sperren 9 landwirtschaftliche Betriebe zu, seit dem EU-Anschluß 1995 waren es insgesamt bislang 72.000 – ein Drittel aller Betriebe!
- **Ungehinderter Import von Tierqual-Produkten:** Produkte, deren Herstellung in Österreich dank des jahrelangen Protests von Tierschützern verboten wurden (wie z.B. die Haltung von Pelztieren, Stopfgänseleber oder Lebendrupf-Daunen und seit 2009 die Käfigeier → Zig Millionen Hennen leiden aber trotz des seit 2012 EU-weiten Verbots noch weiter in Käfigen), können durch den unbegrenzten Warenverkehr in der EU ungehindert importiert werden.
- **Deckprämie für die Norikerzucht:** sie werden als „aussterbende Nutztier rasse“ pro Fohlen mit 160,- € von der EU direkt gefördert, wobei aber bis zu 90% der Hengstfohlen beim Schlachter landen! Dazu kommen Almförderungen, Zuchtverbandsprämien, etc.
- Dem **Subventionsbetrug** ist Tür und Tor geöffnet, wie jährlich verschwundene Milliarden-Summen bestätigen: In Italien wurden z.B. einohrige (lebende) Rinder gesichtet, um 2x die begehrte Schlachtprämie kassieren zu können. Tiere werden in ein Land exportiert, Subventionen kassiert und wieder importiert – das Spiel kann sich wiederholen...  
2012 wurden laut dem Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes, Vitor Caldeira, gar 4,8% des EU-Haushalts rechtswidrig verwendet, das waren ca. 6,6 Milliarden EURO!
- **Zig Millionen von neuen Tierversuchen** verordnete die EU-Kommission, um sog. „Alt-Chemikalien“, die tlw. bereits seit Jahrzehnten im Handel sind, an Labortieren in grausamen Toxizitätstests „neu zu bewerten“. Die EU-Chemikalien-Verordnung REACH sieht nämlich vor, daß Tausende Chemikalien auf ihre Giftigkeit überprüft werden sollen. Schätzungen gehen von bis zu 54 Millionen Tieren aus, die in den nächsten Jahren für REACH leiden und sterben sollen. Dabei ist wissenschaftlich gar nicht nachvollziehbar, daß diese Tierversuche auf den Menschen übertragbar sind, wie Tausende vom Markt genommene Medikamente beweisen. Die Kommission möchte so die Konsumenten in trügerischer Sicherheit wiegen.
- **Zahnlose EU-Tierversuchs-Richtlinie:** Auch bei der am 9.11.2010 in Kraft getretenen neuen Tierversuchs-Richtlinie 2010/63, hat sich die Kommission zugunsten der Interessen der tierverachtenden „Wissenschaft“ durchgesetzt; so bringt diese immer noch keine Wende in Rich-



tung tierversuchsfreier Verfahren. Diese Richtlinie erlaubt auch keine strengeren nationalen Bestimmungen. Nicht einmal Versuche an Affen – sogar Menschenaffen – wurden verboten. Immerhin hat Österreich bei der Umsetzung dieser EU-Richtlinie zumindest das Verbot der Tierversuche an Menschenaffen beibehalten dürfen.

- In Deutschland haben sich Tierversuche mit gentechnisch veränderten Tieren in den letzten 10 Jahren verdreifacht! In England liegt die Zahl der Versuche mit gentechnisch veränderten Tieren bei über zwei Millionen pro Jahr. „Testbiotech“ hat einen Bericht veröffentlicht, in dem gezeigt wird, daß die Zunahme v.a. durch Geschäftsinteressen bedingt ist, denn der Handel mit gentechnisch veränderten Versuchstieren ist längst zu einem lukrativen Geschäft geworden. Der Trend zu immer mehr genmanipulierten Tieren ist aber aus medizinischer Sicht problematisch, betonen die „Ärzte gegen Tierversuche“. Mäuse und andere Tiere werden genmanipuliert, um menschliche Krankheiten nachzuahmen. Doch diese Krankheiten haben vielfältige Ursachen und sind eben nicht durch das Ein- oder Ausschalten eines einzelnen Gens bedingt.
- Die Europäische Bürgerinitiative "Stop Vivisection" hat mehr als 1.170.000 Unterschriften gesammelt mit dem Ziel, eine neue gesetzliche Basis für einen definitiven Ausstieg aus den grausamen und sinnlosen Tierversuchen zu schaffen und statt dessen genauere, verlässlichere und menschenbezogenere Methoden zu etablieren! Bis jetzt wird aber in der EU-Kommission noch nicht einmal daran gedacht, einen dementsprechenden Rechtsvorschlag auszuarbeiten, Zugeständnisse an die schier allmächtige, milliardenschwere Pharmalobby sind da allemal wichtiger als ethische oder gar tierrechtliche Bedenken...
- Das Europäische **Patentübereinkommen** besagt ursprünglich in seinem Artikel 53b, daß Pflanzensorten und Tierrassen nicht patentiert werden dürfen. Dies war immer noch ein Stolperstein für gentechnologische Erfindungen im Bereich der belebten Umwelt. Seit 1.9.1999 ist es auf Grund der neuen EU-Patentrichtlinie aber nun möglich, genmanipulierte Tiere und Pflanzen patentieren zu lassen! Folge: Flut von Tierversuchen an genmanipulierten Tieren.
- **Singvogelfang in Österreich**: Aber auch da, wo die EU Druck auf Österreich ausüben könnte, um „Bräuche“, wie z.B. den Vogelfang im OÖ Salzkammergut, zu verbieten, mißt sie mit zweierlei Maß: Während es hierbei zwar zu einer (wirkungslos gebliebenen) Rüge der EU an Österreich gekommen ist, sieht sie bei unvergleichlich größeren Tiermorden, wie dem grausamen Fang und Abschluß von jährlich Millionen Singvögeln im (großen) Italien, tatenlos zu.

### **Sogenannter „Tierschutz“ in der EU:**

Seit fast 30 Jahren werden auf EU-Ebene Bestimmungen erlassen, die unter dem Begriff „Tierschutz“ eingeordnet werden. So z.B. auch im Lissabonner Vertrag, wo sich sowohl die Union als auch die Mitgliedstaaten - auf dem Papier - zu dem Prinzip verpflichten, daß "*dem Wohlergehen der Tiere als fühlende Wesen*" Rechnung getragen wird (Art. 13 AEUV, [http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/policy/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/policy/index_de.htm)). Diese Regelungen dienen bislang jedoch v.a. dem einen Zweck, in ganz Europa möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und den freien Handel mit Tieren und tierischen Produkten sicherzustellen. Denn die EU ist in ihrer Struktur eine reine Wirtschaftsorganisation. Deshalb beziehen sich die meisten „Tierschutz“-Regelungen auch auf die landwirtschaftliche Tierhaltung oder Tiertransporte: Lebende Tiere werden so wie Kartoffeln als „Agrarprodukte“ definiert – und leider meistens auch so behandelt. Die EU-Richtlinien schreiben lediglich Mindestanforderungen vor, dabei geht es aber in erster Linie nicht um die Tiere, sondern v.a. darum, wie man den Züchtern und Händlern das Geschäft mit Tieren vereinfachen kann. Um „Tierschutz“ geht es lediglich insofern, als man - zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU - erreichen will, daß durch noch mehr Tierausbeutung in einem Mitgliedsland noch billiger produziert werden könnte. (diese Position vertritt in Ö mit Vorliebe die ÖVP, vertreten durch deren „Bauerbund“, in Wahrheit eine Interessensvertretung der Agrarindustrie). Von wirklich tiergerechten Bedingungen sind diese Richtlinien meilenweit entfernt. Aus diesem Grund faseln jetzt hierzulande auch einige Poli-

tiker von einem „EU-einheitlichen Tierschutzgesetz“, damit die Wettbewerbsverzerrung für unsere „Bauern“ (gemeint sind Agrarindustrielle) zurückgedrängt wird.

Wenn es um Gurken, Glühbirnen, Staubsauger oder Duschköpfe geht, sind die Eurokraten beim Reglementieren immer sehr fleißig, nur beim Tierschutz sieht sich die Legislative in EU-Parlament und Kommission nicht wirklich zuständig. Nach wie vor ist der Umgang mit Tieren in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten, vor allem in den süd- und osteuropäischen Ländern, grausam und unvertretbar. Massentötungen, Tierquälerei (wie an Streunern in Rumänien) und katastrophale Zustände bei der Nutztierhaltung stehen in vielen EU-Mitgliedsstaaten auch 2015 immer noch an der Tagesordnung. Bei den Tiertransporten fehlen weiterhin strenge Reglementierungen, auch der illegale Import, vor allem von Hunden aus den Oststaaten, aber z.B. auch von bei uns verbotener Gänsestopfleber, ist durch die offenen Grenzen außer Kontrolle geraten. Billigeier aus – inzwischen in der EU zwar verbotenen, aber immer noch im großen Stil verwendeten - Batteriehaltungen in Südostasien werden von den Lebensmittelgroßkonzernen in den europäischen Raum importiert und hier vor allem zur Herstellung von Fertigprodukten (Nudeln, Backwaren, etc.) verwendet.

Die Folgen des EU-Beitritts für die Bürger waren schon schlimm genug – Demokratieverlust, Sozialabbau, schrittweise Aufgabe der Neutralität, militärische Aufrüstung und Beteiligung an Kriegen, Subventionierung der Atomindustrie, grenzenloser Freihandel zu Lasten von Klein- und Mittelbetrieben und kleinstrukturierter, biologischer Landwirtschaft, Verlust des harten Schillings „zugunsten“ der derzeit kurz vor dem Kollaps stehenden Kunstwährung EURO, ESM-Monster, etc. Für Tiere waren sie de facto eine Katastrophe!

**DAHER:** Österreich braucht v.a. auch in Tier- und Umweltgesetzgebung wieder Eigenständigkeit und Selbstbestimmung, ohne Bevormundung von Brüssel zulasten unserer Zukunft, der Natur, der Lebensgrundlagen, der Nahrung, der Tiere! Was wir brauchen für die Zukunft unseres Landes ist eine echte, vom Bürger ausgehende, direkte Demokratie, gemessen am Beispiel Schweiz!

**PS.:** „*An allem Unrecht, das geschieht, ist nicht nur der Schuld, der es begeht, sondern auch der, der es nicht verhindert*“. Erich Kästner.

**Mahatma Gandhi** sagte einmal den bekannten Satz: „*Die Größe von Nationen und deren moralischen Fortschritt kann man daran messen, wie ihre Tiere behandelt werden*“.

Und zuletzt ein sehr aktueller Stehsatz: „*Wer in der Demokratie schläft, muß sich nicht wundern, wenn er in einer Diktatur aufwacht!*“